

DER BEFEHLSHAUSE
DER SICHERHEITSPOLIZEI UND DES SD
FÜR DIE BESETZTEN NIEDERLANDISCHEN GEBIETE

Den Haag, den 21. Juni 1941

**Betr.: Zusammenfassende Darstellung der Entwicklung
bezüglich Hortung des jüdischen Vermögens.**

I.) V E R M E R K

1.) Die Sicherheitspolizei hatte bei der Besprechung, die am 19.5.1941 unter Vorsitz des Reichskommissars in Beisein der Generalkommissare stattfand, vorgeschlagen, die Hortung des gesamten jüdischen Vermögens in den Niederlanden durch Errichtung eines Auswanderungsfonds vorzubereiten. Der Reichskommissar hatte grundsätzlich entschieden, daß er die Hortung des jüdischen Vermögens und seine Widmung für die Finanzierung der Endlösung billige. Die Durchführung wolle er jedoch seinem ersten Wirtschaftsmann, das ist Minister Dr. F i s c h b ü c k, übertragen. Minister Dr. Fischbück entwickelte hierzu seine Pläne über die schrittweise Erreichung des Gesamtzieles wie folgt:

- a) Entjudung der gewerblichen Wirtschaft, Abfuhr der Erlöse an eine zu gründende Stiftung.
- b) Einheitliche Verwaltung des gesamten jüdischen Grundbesitzes durch eine Realitätengesellschaft. Später, wenn Übersicht vorhanden ist, entsprechende Eigentumsübertragung zunächst an eine Stelle. Entjudung des Liegenschaftsbesitzes durch einzelne Erwerber würde zu lange dauern, daher Zwischenschaltung einer juristischen Person, die dann später schrittweise die

- 2 -

weitere Verküsterung veranlaßt.

- c) Landwirtschaft-Entjudungs-Verordnung.
- d) Verordnung über Depotszwang von Bargeld und Wertpapieren, Hinterlegung bei einer einzigen Bank.
- e) Sonstiges Vermögen, das durch die vorgenannten Maßnahmen nicht erfaßt ist.

2.) Die Rücksprache mit Dipl.-Kaufmann B a u e r, Leiter der Wirtschaftsprüfstelle, vom 13.6.1941 ergab, daß der Gedanke der Schaffung einer Stiftung von Minister Dr. Fischböck fallen gelassen wurde. Stattdessen soll eine Vermögensverwaltung- und Renten-Anstalt in Den Haag gegründet werden, die die Erlöse aus der Entjudung der gewerblichen Wirtschaft zu sammeln hat. Als Geschäftsführer ist Dr. H o l s, Leen Copes van Gattenburg 44, gegenwärtig beim Leiter des Sonderreferats Dr. H e j e r t, vorgesehen. Außerdem soll ein Kuratorium geschaffen werden. Dr. S e h r ö d e r vom Feindvermögen soll auch in irgendeiner Form beteiligt werden. Dipl.-Kaufmann Bauer schätzte den Wert jüdischer gewerblicher Unternehmen einschließlich ihrer Außenstände auf 700 Millionen bis eine Milliarde holländische Gulden. Insgesamt gibt es 21.000 jüdische gewerbliche Unternehmen (darin sind eingeschlossen alle gewerblichen Betriebe im weitesten Sinne, vom kleinen Makler bis zum großen Industrie-Unternehmen). Von diesen 21.000 Unternehmungen sollen bloß 1000 - 1500 entjudet werden, der Rest wird liquidiert.

Bargeld und Wertpapiere sollen auf Grund einer besonderen Verordnung zur Anmeldung gelangen. Anmeldungs- und Depotstelle soll das Bankhaus

- 3 -

Lippmann, Rosenthal & Co. in Amsterdam werden. Dieses Bankhaus war ein jüdisches Unternehmen und steht unter treuhändiger Verwaltung des Präsidenten der deutschen Handelskammer in den Niederlanden, F l e s c h e.

Bezüglich des landwirtschaftlichen Grundbesitzes ist bereits eine Entjudungs-Verordnung erschienen. Als Entjudungsbewerber werden in erster Linie die Pächter infrage kommen. Ob der Kaufpreis unmittelbar an den Juden und durch diesen dann auf Grund der Depotsverordnung beim Bankhaus Lippmann, Rosenthal & Co. oder durch den Käufer selbst beim Bankhaus Lippmann, Rosenthal & Co. zu hinterlegen ist, wurde noch nicht geklärt.

Beim Hausbesitz soll das Verfahren nach Darstellung des Dipl.-Kaufmanns Bauer derart sein, daß unter Leitung des Dipl.-Ing. M ü n s t e r eine Realitätengesellschaft gegründet wird, bei der sämtliche Liegenschaften einschließlich des städtischen Hausbesitzes anzumelden sind. Diese Gesellschaft soll im Laufe der Zeit den jüdischen Liegenschaftsbesitz verwalten und allenfalls erwerben. Dr. M ü l l e r, früher Leiter der Abteilung Liegenschaften der Vermögensverkehrsgesellschaft Wien, ist für diese Realitätengesellschaft als Mitarbeiter vorgesehen. Schließlich soll dann noch durch besondere Verordnung das gesamte jüdische Vermögen erfasst werden.

- 3.) Besprechung Minister Dr. F i s c h b ü c k mit H-Obersturauführer Dr. R a j a k o w i t s c h vom 19.6.1941 ergibt, daß der Gedanke fallen gelassen wurde, eine besondere Stelle zur Aufnahme des jüdischen Liegenschaftsbesitzes zu schaffen.

- 4 -

Vielmehr soll der Erwerb durch die Vermögensverwaltung- und Renten-Anstalt erfolgen. Damit wäre die Konzentration bedeutender Teile des jüdischen Vermögens (nämlich Immobilien und Erlöse aus der gewerblichen Wirtschaft) bei einer Stelle erreicht. Bestüglich Bargeld und Wertpapieren haben sich keine neuen Gesichtspunkte ergeben.

Minister Dr. Fischböck erwägt die Übertragung der Verwaltung des gehorteten Vermögens an Senator B S h m e k e r. Der Reichskommissar hat dies bisher jedoch abgelehnt.

- II.) H-Staf. Dr. H a r t e r mit der Bitte um Kenntnisnahme.
III.) H-Obersturmführer F a h r e n h o l t z mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Jc

Do. 7.7.41

zum Abb.: *Ansipinnungen* beilagen.

Ala

A b s c h r i f t .

abschrift verz.n.P.R.A.Dordrecht

Den Haag, den 31. März 1942.

1. V e r m e r k .

Betrifft: Unerhörtes Verhalten der Vertreter der N.S.B. bei den Planungssitzungen der Wirtschaftsprüfstelle.

Seit einiger Zeit sind Vertreter der N.S.B. zu den Planungssitzungen bei der Wirtschaftsprüfstelle zugelassen. Als Vertreter der N.S.B. fungiert z.Zt. der Mitarbeiter von Mr. Rost van Tonningen, Herr H o e k s t r a. Dieser hat auf der letzten Planungssitzung die Arisierungsmassnahmen in unerhörter Weise kritisiert, indem er behauptete, dass die bedeutendsten Unternehmen deutschen Bewerbern vorbehalten bleiben, während Niederländer nur kleinere Betriebe zugewiesen erhielten. Ausserdem hat Hoekstra bemängelt, dass eine westdeutsche Südfruchtfirma, die seiner Ansicht nach an einem Seeplatz nichts zu suchen hat, einen Betrieb zugewiesen erhielt.

Allen Anschein nach wird von der N.S.B. nicht berücksichtigt, dass die Basis für die Durchführung der Arisierungen in den Niederlanden von den hier tätigen Amtsstellen geschaffen worden ist und dass ausserdem die bedeutendsten Firmen in niederländischen Händen sind. Nach Abschluss der Arisierungsmassnahmen werden die Niederländer im Obst- und Gemüsehandel zu ca. 80% beteiligt sein, während der deutsche Einfluss im Höchstfalle 20% betragen dürfte. Nachdem der Protest des N.S.B.-ers zu Protokoll genommen war und der Leiter der Planungssitzung Herr Dr. N i e w i n d, eine Erklärung in dieser Angelegenheit nicht abgegeben hat, nahm Pg. G o m b a r t, vom Beauftragten des Reichskommissars für die Stadt Amsterdam in nicht misszuverstehender Weise gegen die Kritik des N.S.B.-Vertreters Stellung, nachdem bereits die Mehrzahl der anwesenden Vertreter der deutschen Dienststellen ihr Missfallen über die anmassenden Worte des N.S.B.-Vertreters Hoekstra zum Ausdruck gebracht hatten.]

gez. E g n e r

4 - Hauptsturmführer

2. an 4-Oberführer Dr. Harster über III C zur Kenntnisnahme
3. III C 3 zurück.

*In meisten
jüdischen Betrieben
wegen in Stadt
- mahnen*

NIOD

7